

# Wenn aus Frust Resignation wird

Sie standen draußen, die Protestschilder in der Hand – und das auch, wenn es regnete, stürmte oder das Thermometer über 30 Grad kletterte: Über viele Monate hinweg demonstrierten die Beschäftigten von Krankenhäusern, Pflegeheimen und Behinderteneinrichtungen in Würzburg ab September 2020 für bessere Arbeitsbedingungen. Motto der Kampagne: „Dienst-Tag für Menschen“. Knapp zwei Jahre und rund 80 Demos später lässt sich konstatieren: Es hat sich nichts geändert.

Mehr Sozialfachkräfte denn je wenden dem Job den Rücken. Nachwuchs bleibt aus. Freie Stellen können nicht besetzt werden. Der Krankenstand ist enorm. „Bei uns beträgt er derzeit meist um die 20 Prozent oder sogar mehr“, sagt Johannes Spielmann, Geschäftsführer der Würzburger Blindeninstütustiftung und einer der Dienst-Tag-Motoren. Noch nie seit Beginn der Corona-Krise sei es so schwer gewesen, Dienste abzudecken. Im Grunde geht das nur durch die Schließung der Tagesförderstätten. So konnte die Grundversorgung gesichert werden – zulasten der Lebensqualität behinderter Menschen. Es gibt für sie nun keinen Rhythmus und keine klare Struktur mehr.

Ein „Normalbürger“ tragt an Werktagen früh zur Arbeit, sonntags trifft er vielleicht Freunde in der Stadt, am Sonntag besucht er mit den Kids Oma und Opa. Dadurch erhält die Woche Struktur. Auch schwerstmehrfachbehinderte Menschen möchten nicht in einem zeitlichen Einheitsbrei festhängen. Aus dieser Erkenntnis heraus wurde lange um ein „zweites Lebensmilieu“ gekämpft. Das gibt es seit geraumer Zeit mit den Tagesförderstätten. Unter der Woche kommen damit auch schwerstbehinderte Menschen aus ihrer Wohngruppe heraus. Dass dies aktuell nicht mehr möglich ist, bedeutet für Spielmann einen immensen und einen immens erschreckenden Rückschritt.

## Quälende Fragen

Es gibt Menschen, die, haben sie ein Anliegen, das sie ungemein umtreibt, nicht davor zurückschrecken, die Bevölkerung zu terrorisieren, um dieses Anliegen durchzusetzen. Davon ist das Aktionsbündnis Dienst-Tag für Menschen Lichtjahre entfernt. Bei den dienstäglichen Protestaktionen wurden nicht einmal freche Sprüche skandiert. Mit geziemendem Corona-Abstand versammelten sich Woche für Woche Akteurinnen und Akteure aus insgesamt 28 teilnehmenden Organisationen, um schweigend mit Transparenten dazustehen und auf die Not in den Einrichtungen aufmerksam zu machen. Man ging fest davon aus, dass diese Beharrlichkeit hono-

riert würde. Doch die Hoffnung trotzt.

Aus welchen Gründen unterlassen es die Politiker, endlich dafür zu sorgen, dass Bürger\*innen wieder menschenwürdig gepflegt, versorgt und behandelt werden können? Diese Frage quält Johannes Spielmann. Sie verursacht Kopferbrechen bei seinem Bündnispartner Walter Herberth, Oberpflegamtsdirektor der Stiftung Juliusspital. Und sie sorgt dafür, dass Bündnispartnerin Annette Noffz, Direktorin der Stiftung Bürgerspital, nicht mehr gut schläft. „Frustration ist ein Wort, das ständig auftaucht, sitzt man mit den dreien zusammen und bilanziert die Dienst-Tag-Aktion. Über 50 Gespräche seien am Rande der Demos mit Politikern geführt worden, so Spielmann. Bisher völlig umsonst.

## „Sie hatten recht“

Diejenigen Fachkräfte, die bis jetzt geblieben sind, verbrauchen all ihre Kräfte. Und sehen gleichzeitig, dass das, was sie tun, hinten und vorne nicht langt. Behinderte Menschen bleiben ohne Förderung. Angehörige, die dringend einen Platz in einem Pflegeheim suchen, müssen abgewiesen werden, weil es aufgrund von Personalmangel nicht möglich ist, freie Plätze zu belegen. Und in Kliniken kann nicht mehr jede Operation durchgeführt werden. Teilweise müssen die Einrichtungen, um den Betrieb aufrechtzuerhalten, auf sündhaft teure Leiharbeitskräfte zurückgreifen, so Walter Herberth: „Doch das ist ganz schlecht, Leiharbeit ist das Krebsgeschwür des Systems.“

Das Wichtigste wäre, die Arbeitsbedingungen so zu gestalten, dass junge Menschen wieder gerne Ja sagen zu einem Job im Behindertenheim, in der Senioreneinrichtung oder in der Klinik. Konkret fordert das Aktionsbündnis eine 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Gefordert werden weiter bürokratische Entlastungen, damit endlich wieder mehr Zeit für den Menschen bleibt. Außerdem verlangen die Akteure eine Entökonomisierung des Gesundheits- und Sozialwesens. Mit behinderten, kranken und pflegebedürftigen Menschen, betonen sie, dürften nicht länger Gewinne gemacht werden. Divi-



Walter Herberth vom Juliusspital, einer der Motoren der Dienst-Tag-Demos, prangert die Ökonomisierung des Gesundheitswesens an.

FOTO: PAT CHRIST

denden etwa an Klinikaktionäre auszuschütten, sollte verboten sein.

Protestaktionen sind eine zweischneidige Angelegenheit. Was, wenn sie am Ende überhaupt nichts bringen? Statt den Frust zu nehmen, mehren sie ihn dadurch nur noch. „Eben das ist für mich die schlimmste Erfahrung“, sagt Johannes Spielmann, der sich selbst als „optimistisches Naturell“ charakterisiert. Mitarbeitende, die ihm vor zwei Jahren prophezeiten, dass die Aktion nichts bewirken würde, hatte er noch vom Gegenteil zu überzeugen versucht: „Ich war mir sicher, dass wir die Menschen und die Politik wachrütteln könnten.“ Schließlich sei man durch die Corona-Krise doch sensibel für soziale Fragen geworden. Nun ist klar: Die Skeptischen hatten recht.

Gearbeitet wird hinter den Kulissen daran, den Pflegenotstand algorithmisch zu bekämpfen. Neueste Software soll es noch einfacher machen, Dienstpläne zu gestalten. Mit Sensoren gespickte Windeln verraten einer Pflegekraft per App, wann die Einlage gewechselt werden muss. Durch „Geofencing“ können demenziell veränderte alte Menschen über-

wacht werden: Verlassen sie eine definierte Zone, wird Alarm ausgelöst. Alle diese Anwendungen werfen ethische Fragen auf. Doch selbst wenn die Antworten ethisch großzügig ausfallen sollten, hat die digitale Technik ganz sicher nicht das Potenzial, die riesigen Probleme im sozialen Bereich zu lösen.

## Es geht weiter

Im Moment überlegen die drei vom Aktionsbündnis, ob sie die Sache vielleicht doch noch mal anders beginnen sollten. „Vielleicht könnte man zusammen mit einem Theater eine aufrüttelnde Satire erarbeiten“, denkt Annette Noffz laut nach. Außerdem wird überlegt, zum zweiten Jahrestag des Kampagnenstarts eine medienwirksame Aktion in Berlin zu organisieren. Dazu will man auf jene Politiker\*innen zurückgreifen, die vor einem Jahr im Vorfeld der Bundestagswahl bei einem vom Bündnis organisierten Hearing auf dem Podium saßen. Doch deren Interesse an einer weiteren Kooperation hält sich in Grenzen: Bisher lud niemand das Bündnis nach Berlin ein.



Das wundert nicht, hält man sich vor Augen, dass politisch just die nächste Cashcow zum Melken präsentiert wird: Internationale Fremdinvestoren überziehen gerade das Land mit Medizinischen Versorgungszentren (MVZ). Niedergelassene Ärztinnen und Ärzte in eigener, kleiner Praxis, steht zu befürchten, wird es in Zukunft immer weniger geben. Die ambulante Versorgung wird sich zunehmend in solchen Zentren abspielen. Dass sie gegründet werden können, beruht, wie alles andere auch, auf politischen Weichenstellungen: Mit dem GKV-Versorgungsstärkungsgesetz vom 23. Juli 2015 wurde der Weg frei für sogenannte arztgruppengleiche MVZ.

Das Gesundheitswesen ist komplex, wer blickt da schon ganz durch. So nehmen Dinge, die man, hätte man früher darüber Bescheid gewusst, eventuell hätte verhindern können, ungebremst ihren Lauf. Die Dienst-Tag-Aktion versuchte, die Bevölkerung aufzuklären. Wobei es inzwischen kaum noch jemanden geben dürfte, der nicht direkt oder indirekt schon mal mit den Missständen im Gesundheits- und Sozialsystem konfrontiert worden ist. Etwa als Angehöriger, der für einen Elternteil einen Pflegeplatz sucht.

„In Würzburg können aufgrund des Personalmangels gerade 270 Pflegeplätze nicht besetzt werden“, sagt dazu Annette Noffz.

Sehr erstaunt war das Dienst-Tag-Trio im Übrigen darüber, dass Mitte August in der Würzburger Tageszeitung groß über den „Brandbrief“ eines unterfränkischen Pflegedienstleiters an Politiker berichtet wurde. Zum tausendsten Mal sei die Politik damit auf die Notstände in der Pflege hingewiesen worden. Nach zwei Jahren Dienst-Tag betonten die drei: Es bedarf keinerlei Aufklärung mehr. Alle Daten und alle Fakten seien bekannt. Die Politik sollte überdies im Bilde sein, dass sich der beängstigende Notstand durch die Teuerungsrate und die Preisexplosion auf den Energiemärkten weiter massiv verschärfen wird.

Es bleibt kaum ein anderer Schluss, als dass man bewusst eine falsche Fährte verfolgt. Jede weitere Aktion und jeder weitere Brandbrief mit aufklärerischem Impetus gibt Politiker\*innen nach Ansicht der Dienst-Tag-Akteur\*innen nur eine weitere Gelegenheit, in Diskussionen einzusteigen. Und sich diskutierend vor konkreten Handlungen zu drücken. > PAT CHRIST